

Frauen in Ägypten - Eine halbe Revolution bringt keine Befreiung

☒ Eine Umfrage der Thomson Reuters Foundation vom November 2013 setzte Ägypten in einem Ranking zu den Lebensbedingungen von Frauen in der arabischen Welt auf den letzten Platz. Die Gewalt, der sie ausgesetzt sind, drückt sich auf verschiedene Weise aus: 91% aller Frauen wurden einer Genitalverstümmelung unterzogen, 99,3% erlebten in ihrem Leben sexuelle Belästigung und 37% sind Analphabetinnen und dadurch auf dem Arbeitsmarkt extrem benachteiligt.

Diese Zahlen stammen von der Zeit nach der Revolution und haben sich seit dem Frühjahr 2011 zunehmend verschlechtert. Obwohl die Frauen damals in der ersten Reihe standen und gegen den Diktator kämpften, fürchten sie heute den Tahrir-Platz, auf dem es immer wieder zu Massenvergewaltigungen kommt.

Die ägyptische Kolumnistin Mona Eltahawy sagte, man habe zwar den Mubarak aus dem Präsidentenpalast verjagt, aber gegen den Mubarak in den Köpfen und im Schlafzimmer müsse man noch kämpfen.

Die „tahrirbodyguards“ ist eine Selbstverteidigungsgruppe, die sich mit dem Ziel gegründet hat, Frauen vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Das ist ein guter Anfang, die Gesetzeslage begünstigt aber nach wie vor die Täter. Sie müssen nämlich keine Bestrafung befürchten und die Polizei und das Militär wenden ganz ähnliche Methoden an, um Frauen aus der politischen Aktivität zu vertreiben. DemonstrantInnen werden beispielsweise nach der Festnahme einem „Jungfräulichkeitstest“ unterzogen, das heißt ausgezogen und nackt gefilmt.

Was bedeutet das für die ägyptische Revolution und für den arabischen Frühling?

Die Frauenbefreiung ist offensichtlich nicht voran geschritten. Trotzdem sollte man auch davor warnen, die Rechte, die Frauen zu Mubaraks Zeiten hatten, zu loben, denn sie entstanden nicht aus einer proletarischen Frauenbewegung, sondern waren Privilegien, die den reichen, bürgerlichen Frauen durch Suzanne Mubarak, Husni Mubaraks Frau, zugesprochen wurden, wobei sie dies eher als ein Hobby betrachtete.

Für die Masse der Frauen - z.B. die ArbeiterInnen in der Textilindustrie - gab es auch damals keine Gleichberechtigung, keine Möglichkeit zur legalen Teilnahme am politischen Leben und ihre Organisationen, wie z.B. die unabhängigen Gewerkschaften, wurden brutal unterdrückt.

Permanente Revolution

Die Monate der Revolution versetzten das ganze Land in einen Ausnahmezustand und ließen die Einigkeit der Mubarak-Gegner an erste Stelle rücken. Damals war es egal, ob man als Mann oder als Frau kämpfte, Hauptsache man war dabei. Die streikenden TextilarbeiterInnen von Mahalla waren 2008 VorbotInnen und treibende Kräfte der Revolution, doch unter dem Islamisten Mursi bekamen die Frauen keine Möglichkeiten der politischen Organisation und auch ihre soziale Stellung verbesserte sich nicht.

Dass der Übergangspräsident Adli Mahmud Mansur, der schon zu Mubaraks Zeiten stellvertretender Vorsitzender des Gerichts war, an dieser Lage nichts ändert, steht außer Frage.

Die Revolution in Ägypten hat die Frage der Frauenbefreiung auf die Tagesordnung gesetzt. Millionen haben sich politisch beteiligt und wurden aktiv. Wie auf allen anderen Gebieten blieb die Revolution jedoch auf halbem Weg stecken, weil sie im Rahmen bürgerlicher Eigentumsverhältnisse verblieb. Der alte Staatsapparat und die reaktionären Institutionen blieben intakt.

Eine „halbe“ Revolution droht aber in einer ganzen Konterrevolution zu enden und Frauen sind unter den ersten Opfern ihres Fortschreitens.

Nur wenn es gelingt, den Vormarsch der Reaktion auf allen Ebenen zu begegnen und die halbe, „demokratische“ Revolution zu einer sozialistischen zu machen, werden auch die Forderungen nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau erfüllt werden.

Linke und revolutionäre Organisationen sowie die Gewerkschaften müssen daher den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen, für Alphabetisierung, gleiche Bildung und Bezahlung und für die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Der Kampf gegen Sexismus und Benachteiligung der Frauen muss dabei auch in den eigenen Reihen geführt werden, denn nur so kann eine wirkliche Einheit von Männern und Frauen im Kampf für ihre Befreiung erzielt werden. Dazu ist auch ein politisches Instrument notwendig: eine proletarische Frauenbewegung.

Ein Artikel von Svenja Spunck, zuerst veröffentlicht in der Frauenzeitung von Arbeitermacht und REVOLUTION, März 2014

NaO-Stellungnahme: Solidarität mit den ArbeiterInnen und Linken in der Ukraine!

Die Lage in Ukraine spitzt sich stündlich zu. Russland droht mit Einsatz der Armee, die Krim hat sich praktisch von Kiew losgesagt. Die ukrainische Regierung ihrerseits ordnet die Mobilisierung der Armee an und wendet sich an die NATO. Das Land ist wie ein Pulverfass. Ein Funke reicht, um es zur Explosion zu bringen.

Der Kampf der Oligarchen und Nationalisten um die Macht, der Kampf um wirtschaftliche und politische Kontrolle über die Ukraine zwischen den

imperialistischen Mächten Deutschland/EU Russland und den USA droht sich zur internationalen Katastrophe auszuweiten.

Die ersten Opfer sind schon heute die Arbeiterklasse und die Linke in der Ukraine. Auch wenn diese schwach ist, so ist sie aber nicht tatenlos. Die Aktivität von Organisationen wie Borotba zeigt, dass es eine Alternative gibt zu den konkurrierenden Oligarchen, ihren Parteien und ihren Herrschaftsansprüchen. Sie zeigt, dass es eine Alternative gibt zwischen den beiden Lagern konkurrierender Nationalisten, dass es eine Alternative gibt zu Moskau, Berlin und Washington.

Sie besteht darin, die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Nationalitäten, aller Regionen hochzuhalten. All jenen, die in dieser Stunde gegen die nationalistische Hetze, gegen die neue Regierung kämpfen, gilt unsere Solidarität.

Der Putsch und seine Folgen

Die „Revolution in der Ukraine“ entpuppt sich als reaktionärer Putsch, der zur Machtübernahme einer anderen, pro-westlichen Oligarchenclique führte. Als RevolutionärInnen, SozialistInnen und KommunistInnen weinen wir der gestürzten Janukowitsch-Regierung keine Träne nach. Jahrelang verfolgte sie eine Politik des Lavierens zwischen EU, Russland und den USA. Ihr oberstes Ziel war immer, die Geschäftsinteressen der „Oligarchen“ - insbesondere jener aus dem Osten des Landes - zu wahren, während die „normale“ Bevölkerung, die ArbeiterInnen und Bauern, ja selbst die Mittelschichten mehr und mehr verarmten.

Die Oppositionsbewegung um „Euromaidan“ ihrerseits stand von Beginn im Zeichen der „pro-westlichen“ Oligarchen. Sie war nie eine fortschrittliche Bewegung, auch wenn ein Teil ihrer AnhängerInnen aus ehrlicher Empörung über die Regierung und die Verhältnisse im Land mobilisiert wurde. Es ist bezeichnend, dass der Auslöser der Bewegung die Weigerung der Regierung war, ein „Assoziierungs-Abkommen“ mit der EU zu unterzeichnen. Natürlich tat das Janukowitsch nicht aus edlen Motiven, sondern v.a. aufgrund des Drucks von Seiten Russlands. Das ändert aber nichts daran, dass das

Abkommen die Ukraine wirtschaftlich eng an den Machtbereich Berlins und der EU bindet, und die darin festgelegten Bedingungen zu einer weiteren Verarmung der Massen im Land führen müssen.

Ein zweites reaktionäres Moment, das die Oppositionsbewegung von Beginn charakterisierte, war ihr ukrainisch-nationalistischer Charakter, der notwendigerweise (und wie sich zeigt zurecht) die russisch-sprachige Bevölkerung beunruhigen und abstoßen musste. Im Gefolge dessen konnten die Faschisten von Beginn an als akzeptierter „Teil der Bewegung“ agieren. Sie konnten als „Frontkämpfer“ ihren Einfluss massiv ausbauen. Von Beginn an stellten die Spitzen der parlamentarischen Opposition – einschließlich der Faschisten – die Sprecher und die Führung der Bewegung.

Zwischen dem Lager der Janukowitsch-Regierung und der Opposition dürfen RevolutionärInnen keine Seite beziehen. Die Lohnabhängigen blieben während der Auseinandersetzungen zumeist passiv, waren weder bereit, der Opposition oder gar Klitschkos Aufrufen zum Generalstreik zu folgen, noch sich für die Verteidigung Janukowitschs stark zu machen.

Die Tragik der schwachen Arbeiterbewegung und der Linken bestand gerade darin, dass es keine unabhängige Klassenmobilisierung gab. Auch wenn das angesichts der Kräfteverhältnisse ohnedies schwer war, so war es doch nicht unmöglich. Vielmehr hat die schwache Linke selbst noch zu ihrem Verderben beigetragen, weil sie – abgesehen von einzelnen Gruppierungen – selbst als politisches Anhängsel der Regierung oder Oppositionsparteien agierte. So war die Kommunistische Partei praktisch der parlamentarische Wurmfortsatz der „Partei der Regionen“. Die großen Gewerkschaften sind eng an „ihre“ Oligarchen gebunden. Andere wiederum folgten unkritisch der angeblich „demokratischen Bewegung“ am Maidan.

Die neue Regierung aus Nationalisten und Faschisten ist nicht als Resultat einer demokratischen oder gar revolutionären Umwälzung an die Macht gekommen, sondern vielmehr aufgrund eines reaktionären Putsches. Selbst nach den Standards der Rechtsstaatlichkeit, die ihr und ihren EU- und US-Unterstützern angeblich heilig wären, kann sie keine Legitimität für sich beanspruchen.

Der reaktionäre Charakter dieser neuen Regierung und ihrer Komponenten zeigt sich klar:

a) Die Regierung will dem Land so schnell wie möglich ein „Assoziierungsabkommen“ mit der EU verpassen, das für weitere Privatisierungen, Betriebsschließungen, Massenentlassungen und Preissteigerungen sorgen wird. Während der ukrainische Markt dem europäischen u.a. anderen ausländischen Kapitalen geöffnet werden soll, bleibt der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt für ukrainische Lohnabhängige „natürlich“ weiter eingeschränkt.

b) Die Politik der Regierung hat nicht nur die soziale, sondern auch die nationale und kulturelle Spaltung des Landes vertieft. Sie hat als einen ihrer ersten Akte die Verwendung des Russischen als Amtssprache abgeschafft. EU-Präsident Barroso verharmloste das als Zeichen des „Überschwangs der Gefühle“. In Wirklichkeit offenbart hier die neue Regierung, was sie zu tun gedenkt, wenn sie kann. Dass der von den Putschisten ernannte Präsident Jazenjuk jetzt von der Umsetzung des Beschlusses „absehen“ will, hängt nur damit zusammen, dass sich die Bevölkerung und die Behörden in den russischsprachigen Landesteilen das nicht widerstandslos gefallen lassen wollen und dass Moskau dieses Vorgehen Kiews zum Vorwand für das eigene politische und militärische Eingreifen nimmt.

c) Die neue Regierung stützt sich auf die Faschisten von Swoboda und den „Rechten Sektor“. In den letzten Monaten sind diese zu einer Massenkraft geworden, die sich als „Kämpfer“ gegen die Polizei und die Spezialeinheiten des Innenministeriums profiliert haben und im ganzen westlichen Landesteil Rekrutierungsbüros unterhalten. Nunmehr sind sie offizieller Teil der Regierung und firmieren praktisch als Teil der Staatsgewalt in Kiew und der Westukraine und haben vielerorts die Funktion der Polizei übernommen. Sie plündern und zerstören Büros der KP, der Gewerkschaften und der „Partei der Regionen“. Sie verbreiten offen Antisemitismus und stellen eine tödliche, pogromistische Gefahr für alle Jüdinnen und Juden in der Ukraine dar. Aggressiven, gewalttätigen Antisemitismus der extremen Rechten und Faschisten gibt es schon seit Jahren, jetzt agiert dieser Abschaum offen. Sie haben die verschiedenen Teile der Linken praktisch in den Untergrund

gezwungen. Kurz gesagt, die „Demokraten“ geben dieser „ukrainischen SA“ freie Hand - und die EU und deutsche Regierung nehmen das für die Verfolgung ihrer eigenen imperialen Interessen billigend in Kauf.

d) Die Politik der neuen Regierung verschärft die geostrategischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächtegruppen. Die von Deutschland und ihren engeren Verbündeten geführte EU hat mit dem Assoziierungs-Abkommen und mit der Unterstützung der Maidan- Opposition offensiv und bewusst eine russische Einflussphäre bedroht. Russland seinerseits versuchte, die Ukraine in seine eigene „Eurasische Union“ zu ziehen. Das schien Ende 2013 auch erfolgreich zu sein, als die EU die Regierung Janukowitsch mit zu drastischen Diktaten Putin in die Hände trieb, der seinerseits versprach, das Land vor dem Staatsbankrott zu retten. Die EU (und die USA) waren aber offenkundig nicht bereit, dies hinzunehmen und stützten daher die „pro-europäische“ Opposition.

Die deutsche Regierung und die Adenauer-Stiftung der CDU arbeiten schon seit der Präsidentschaftswahl 2010 am Aufbau einer „verlässlichen“ Partei - Klitschos UDAR -, um ihren Einfluss zu erhöhen und einen Pro-EU-Regierungswechsel durchzusetzen. Auch wenn sie einen „kontrollierten“ Machtübergang bevorzugt hätten, so wollen sie doch, dass ihnen die Ukraine als erweitertes Territorium des deutschen und europäischen Imperialismus in den Schoß fällt.

Dabei nehmen sie nicht nur die Spaltung des Landes, weitere nationalistische Aufhetzung auf beiden Seiten, sondern auch einen Großkonflikt mit Russland in Kauf.

Imperialistische Brandstifter spielen Feuerwehr - Nein zu Berlin, Moskau, Washington!

Die Machtübernahme von Nationalisten und Faschisten und die beabsichtigte EU-Bindung der neuen Regierung hatten wichtige Folgen:

a) Sie hat die Bevölkerung auf der Krim und im Osten der Ukraine mobilisiert. Angesichts des Zustands in Kiew, wo Faschisten als Ordnungsmacht agieren, ist das nur allzu verständlich.

Dass die Bevölkerung die neue Regierung ablehnt und nicht anerkennt, wollen aber nicht nur die neuen Machthaber in Kiew nicht akzeptieren. Auch die EU sorgt sich wegen dieser Aktionen. Galt die Maidan-Bewegung, selbst noch als bewaffnete Nazi-Stoßtruppen die Polizei angriffen, der deutschen und westlichen Politik als „friedliche Protestbewegung“, so ist die Erstürmung eines Rathauses in Charkow nun ein „krimineller Akt“.

b) Die Entwicklung hat Russland auf den Plan gerufen. So, wie der Westen die reale Unzufriedenheit mit Janukowitsch für seine Zwecke ausnutzte, macht Putin nun dasselbe auf der Krim und im Osten der Ukraine. Präsident Putin hat sich vom russischen Parlament einen Freibrief für ein militärisches Eingreifen geben lassen. De facto haben russische Truppen wohl schon die Krim übernommen.

Die EU ist empört. Während die neue Regierung die russisch-sprachigen Bevölkerungsteile entfremdet und in die Hände Putins treibt, weil Russland vielen als einzige Option auf Schutz vor den Rechten und Nationalisten erscheint, gibt sich der deutsche Außenminister Steinmeier (SPD) jetzt besorgt um die „Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“.

Welch ein Hohn! Zuerst soll das Land an die EU angeschlossen und dessen „Souveränität“ durch ein Assoziierungs-Abkommen und IWF-Programme weiter ausgehöhlt werden - dann aber kommt das große Jammern, wenn Russland seinerseits die Souveränität der Ukraine mit Füßen tritt und diese als Teil ihrer Einflussphäre reklamiert.

Nachdem man selbst in Kiew „Fakten geschaffen“ hat, wirft man das nun Russland im Osten des Landes vor.

Die Ukraine ist also auch zu einem Austragungsort des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt geworden. Dort mischen drei große imperialistische Mächtegruppen mit. Erstens Russland, das am liebsten die Ukraine in seine erweiterte Einflussphäre „zurückholen“ würde. Der Einfluss auf der Krim und die Kontrolle von Sewastopol sind für dessen globale Ambitionen unerlässlich. Russland hat aber das Problem, dass seine ökonomische Potenz relativ gering ist. Daher ist es kaum in der Lage, die Ukraine ausschließlich

an sich zu binden.

Die EU-Mächte - v.a. Deutschland - hingegen forcieren die Integration der Ukraine in ihre Einflussosphäre. Für sie ist das Land nicht nur ein wichtiger Markt, sondern auch wichtig für die weitere Ausdehnung ihres Einflusses nach Osten. Während es Russland - abgesehen von Rohstoffen - an wirtschaftliche Stärke fehlt, so gebricht es der EU an militärischem Potential. Einer Stationierung russischer Truppen kann sie kaum etwas entgegensetzen - außer der Drohung mit „Handelsaktionen“ und „Ächtung“.

Um ihre jeweilige Position durchzusetzen, setzen Russland und Deutschland/EU zur Zeit auf Verschärfung der Konfrontation. Aber es gibt es auch ein Interesse, den Konflikt zu begrenzen. So erklären deutsche Leitartikler schon, dass die Krim ja nicht unbedingt zur Ukraine gehören müsse, vielleicht gibt es eine „Zwischenlösung“. Außerdem sollte die Regierung in Kiew etwas „umsichtiger“ werden (was sich freilich mit faschistischen Banden im Nacken nur begrenzt machen lässt). Daher soll Russland auch „eingebunden“ werden.

Das spiegelt wider, dass es für Berlin und Moskau auch ein gemeinsames Interesse gibt: den Konflikt an den beiden Außengrenzen nicht zu sehr eskalieren zu lassen, da seine möglichen Folgen offenkundig unkalkulierbar sind. Ein nationalistischer Bürgerkrieg in der Ukraine - keinesfalls ein unrealistisches Szenario - würde die Verheerungen des Jugoslawienkrieges noch in den Schatten stellen. Für Berlin und Moskau gibt es neben dem „Maximalziel“, die unumstrittene dominierende imperialistische Macht in der Ukraine zu sein, auch das Szenario einer Aufteilung der Einflussosphäre - wohl unter Anerkennung einer gestärkten Rolle der EU, die Russland Positionen im Osten und womöglich die Kontrolle über eine mehr oder weniger „autonome“ Krim überlässt.

Die USA haben daran nur geringes Interesse. Sie wollen letztlich die Konsolidierung des Einflusses beider Rivalen, von Russland wie einer von Deutschland geführten EU, verhindern. Daher betätigt sich Obama als Scharfmacher, droht mit der „Isolierung“ Russlands von seiner illustren „Staatengemeinschaft der Willfähigen“.

Solidarität mit der ukrainischen Linken! Unterstützt den Aufbau einer unabhängigen Arbeiterbewegung!

In der aktuellen Lage sind die Linke in der Ukraine und die Arbeiterbewegung insgesamt in der Defensive. Im Westen der Ukraine, im Herrschaftsgebiet der „demokratischen“ Nationalisten und Faschisten, sind sie praktisch in die Illegalität getrieben.

Die Regierung in Kiew hat ihre Herrschaft über das Land aber noch nicht vollständig konsolidiert. Die von ihr angedrohten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen (Umsetzung von Kürzungsprogrammen, Preiserhöhungen infolge von Subventionskürzungen) können sie auch schnell in Gegensatz zu den Massen in der Westukraine bringen. Auch die Minderheiten in der Westukraine können zu einem wichtigen Verbündeten der Linken, jeder demokratischen oder Klassenbewegung werden. Auch dagegen lässt sie - sozusagen präventiv - den faschistischen Terrorbanden freie Hand.

Die zentrale Aufgabe der ukrainischen Linken ist es nun, die Festigung dieser Regierung zu bekämpfen und ihr Widerstand zu leisten.

Im Osten sind die Möglichkeiten zur Organisation heute zweifellos besser. Aber hier versucht der russische Imperialismus, seinen Einfluss politisch, wirtschaftlich und militärisch geltend zu machen und sich als „Schutzmacht“ zu präsentieren. Russische Faschisten wie Schirinowski versprechen „Freiwilligenverbände“. Sich auf die russische Arme und rechts-radikale Freiwilligenverbände als „Bündnispartner“ einzulassen, würde jedoch nur dazu führen, dass sich im Osten eine spiegelbildliche Entwicklung zum Westen und zum Zentrum der Ukraine - eine fast totale Dominanz nationalistischer Kräfte - entwickeln würde.

Der Kampf gegen die Zentralregierung muss daher auch mit der Ablehnung jeder imperialistischen Einflussnahme der Putin-Regierung verbunden werden.

Wie die sozialistische Organisation „Borotba“ in einem ihrer Communiques richtig erklärte, gilt es, diese Perspektive mit dem Aufbau von

Selbstverteidigungseinheiten gegen die Faschisten und Nationalisten zu verbinden.

Wo im Osten Rathäuser gestürmt werden und Massenerhebungen stattfinden, müssen auf dieser Basis demokratische Räte gebildet werden, die die Bewegung leiten und bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten aufbauen. Die Soldaten der Armee müssen aufgefordert werden, sich nicht für einen Krieg „ihrer“ Regierung missbrauchen zu lassen, ihren reaktionären Regierungschefs die Gefolgschaft aufzukündigen und Soldatenräte zu bilden.

Schließlich geht es darum, einen politischen Generalstreik gegen die Regierung aus Nationalisten und Faschisten zu propagieren und vorzubereiten, der sich gegen die kommenden Sparmaßnahmen wie auch gegen einen drohenden nationalistischen Bürgerkrieg richtet, der fast unvermeidlich ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Mächte werden würde.

In jedem Fall gilt aber unsere unbedingte Solidarität den ukrainischen linken Organisationen, die sich gegen die neue Regierung, gegen ukrainischen wie russischen Nationalismus wehren und unter schwierigen Bedingungen kämpfen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Für die Linke in Deutschland gilt es, v.a. gegen die Ukraine-Politik der eigenen Regierung Stellung zu beziehen, Aufklärung zu betreiben und zu mobilisieren. Das heißt zuerst, eine Reihe von Lügen zu zerstören wie jene, dass die Faschisten nur ein „Nebenfaktor“ der Bewegung wären. Es bedeutet vielmehr die Zusammenarbeit von Regierung, zweifelhaften „Demokraten“ und Faschisten - bis hin zum Shake-Hand des Sozialdemokraten Steinmeier mit den Faschos vom Maidan - zu brandmarken.

Für ihre Zwecke, für die längerfristigen Interessen des deutschen Kapitals, schrecken sie auch vor einem Bündnis mit Anti-Semiten, Pogromisten und Nazi-Schlägern nicht zurück.

Wir müssen auch dem weit verbreiteten Mythos entgegentreten, dass die

Krise in der Ukraine in erster Linie durch innere Faktoren hervorgerufen sei, dass es eigentlich tolle wirtschaftliche Aussichten gebe und nur das politische Personal - vorzugsweise Janukowitsch - alles gegen die Wand gefahren hätte. Die Einführung des Kapitalismus in der Ukraine war nur durch eine kriminelle Form der Plünderung des ehemaligen Staatseigentums durch einige Oligarchen zu haben. Die Ukraine ist Teil einer globalen, imperialistischen Ordnung, die dem Land seine Stellung im Rahmen der etablierten Arbeitsteilung zuweist. Wohlstand und Reichtum, ja selbst ein „sozialer Ausgleich“ für die Massen sind hier - wie auch in ganz Osteuropa, in der „Dritten Welt“ - nicht vorgesehen, und zwar weder von der EU, noch von Russland oder den USA.


Für Linke in Deutschland ist es daher eine Pflicht, gegen alle Maßnahmen zu kämpfen, die die Ukraine noch mehr unter die Fuchtel des deutschen Kapitals stellt. Wir lehnen das Assoziierungs-Abkommen mit der Ukraine ab und jeden Versuch, das Land in die NATO oder EU-Militärstrukturen zu integrieren. Wir bekämpfen jede wirtschaftliche und politische Erpressung der Ukraine im Rahmen von Abkommen, Krediten durch IWF und EU. Wir lehnen jede Militärintervention von NATO oder EU, jede Drohung mit Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland ab. Zugleich fordern wir die Öffnung der EU-Grenzen für die BürgerInnen der Ukraine, deren volle Bürgerrechte, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie Bewegungsfreiheit.

Für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land, wenn es um die deutschen Interessen in der Ukraine geht. Wir schlagen daher allen linken Organisationen und Gewerkschaften vor, uns gemeinsam offensiv gegen die Politik der deutschen Regierung zu protestieren. Eine Politik, die auf Oligarchen wie Timoschenko, CDU-Marionetten wie Klitschko und Faschisten wie Tjahnybok setzt, darf nicht unwidersprochen bleiben!

Neue antikapitalistische Organisation (NaO) - Berlin, 2. März 2014

LGBTQ+ in Griechenland

Die Darstellung der europäischen Presse von den olympischen Winterspielen in Sotschi kreiert das selbstgerechte Bild vom ach so LGBTQ+ (Lesbian Gay Bisexual Trans Queer) freundlichen Europa, dem die homophobe, menschenverachtende Politik der russischen Regierung gegenübersteht. Der Einzug der griechischen Delegation in regenbogenfarbenen Handschuhen während der Eröffnungsfeier wurde als Zeichen des Protests gegen die Hetze des Gastgeberlandes gefeiert. Doch, wie sich später herausstellte, handelte es sich gar nicht um einen Regenbogen, sondern nur um die Farben der olympischen Ringe. Mit Gleichheit für LGBTQ+-Menschen hat es Griechenland nämlich eigentlich nicht so.

Besonders dort hat sich seit Beginn der Krise 2008 die Lage der Menschen, die nicht heteronormativen Standards entsprechen, drastisch verschlechtert. Ein Aktivist spricht sogar davon, dass die LGBTQ+ Szene durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung Griechenlands „um mindestens zehn Jahre zurückgeworfen“ wurde. Immer häufiger kommt es vor, dass homo- und transsexuelle Menschen auf der Straße von rechten Gruppen, vor allem denen der neonazistischen Chrysi Avgi, brutal zusammengeschlagen werden.  Auch Polizei und Kirche unterstützen die Hetze. Im Sommer letzten Jahres verhaftete die Polizei in Thessaloniki ohne Angabe eines Grundes massenhaft weibliche Transsexuelle und hielt sie stundenlang auf dem Revier fest. Als eine der Betroffenen ihre Anwältin einschaltete, wurde diese, ebenfalls ohne Angabe von Gründen, gleich mit eingesperrt. Die Verhafteten wurden teilweise sogar zu HIV-Tests gezwungen.

Vertreter der orthodoxen Kirche, welche einen großen Einfluss auf die griechische Politik ausübt, vergleichen Homosexualität mit Pädophilie und Inzucht. Auf Drängen des Europäischen Gerichtshofs stellte die sozialdemokratische Regierungspartei PASOK Ende 2013 einen Gesetzesentwurf vor, welcher auch gleichgeschlechtlichen Paaren die Lebensgemeinschaft ermöglichen sollte. Seraphim, Metropolit (Bischof) von Piräus, reagierte darauf, indem er ankündigte, dass jeder Abgeordnete, der

dem Gesetz zustimmt, exkommuniziert werde. Die konservative Regierungspartei Nea Dimocratia stoppte den Gesetzesentwurf letztendlich, nachdem mehrere Abgeordnete schriftlich protestiert hatten.

Der Gegenentwurf des linken Bündnisses SYRIZA beinhaltet zwar die eingetragene Lebensgemeinschaft für gleichgeschlechtliche Paare, doch verhindert auch dieser die Adoption.

Dringend ist die Schaffung von Selbstverteidigungsstrukturen für Betroffene in Griechenland nötig, um weiteren Angriffen entgegenzuwirken. Außerdem ist es vor allem für linke Kräfte wichtig, die LGBTQ+ in den politischen Kampf zu integrieren und ihre Unterdrückung mit dem Widerstand gegen die Spardiktate der Europäischen Zentral Bank und den Kapitalismus als ganzes in Verbindung zu bringen. Es ist mehr als notwendig, die Forderung nach gleichgestellter Lebensgemeinschaft für nicht-heterosexuelle Paare aufzustellen und für ein gleichberechtigtes Adoptionsrecht einzutreten. Schluss mit Festnahmen von Menschen auf Grund von sexueller Ausrichtung! Für anonyme Beratungsstellen und kostenlose medizinische Versorgung!

Solidaritätserklärung zum Refugeestreik aus Pakistan

An die GenossInnen, StudentInnen und SchülerInnen in Deutschland!

Wir senden die herzlichsten geschwisterlichen Grüße an Eure Demonstration und wünschen Euch viel Erfolg.

Wir wissen, dass ihr Schul- und Universitätsstreiks und aktuell gerade eine große Demonstration für MigrantInnen und Flüchtlinge organisiert. Das ist

großartig angesichts des wachsenden Rassismus in Europa.

Wir sind hier in Pakistan aktiv im Kampf gegen den „Krieg gegen den Terror“, wir kämpfen gegen die Militärintervention in der Provinz Khyber Pashtunkhwa (der mehrheitlich von Paschtunen bewohnten Provinz in der Nähe der afghanischen Grenze) und wir organisieren Solidarität mit den Flüchtlingen in unserem Land.

Wir unterstützen das Recht auf nationale Selbstbestimmung der Minderheit der Belutschen und ihren „langen Marsch“ von Quetta (der Hauptstadt der Provinz Belochistan) gegen das „Verschwinden“ von 18.400 Menschen in diesem Landesteil. Viele von ihnen wurden vom Staat ermordet und drei Massengräber, die vor wenigen Wochen entdeckt wurden, lassen das Schlimmste befürchten.

Wir sind zur Zeit außerdem aktiv in der Kampagne gegen Privatisierungen und machen Solidaritätsarbeit für die WeberInnen und TextitarbeiterInnen, insbesondere mit den 13, zu insgesamt 783 Jahren Gefängnis verurteilten, ArbeiterInnen und ihren Familien, die wegen Streiks und Besetzungen gemäß den „Anti-Terrorgesetzen“ verurteilt wurden.

- Wir wünschen Euch noch einmal eine erfolgreiche Demonstration!
- Vorwärts beim Aufbau einer Jugendbewegung!
- Vorwärts beim Aufbau einer internationalen revolutionären Jugendorganisation!

Hoch die internationale Solidarität!

Maqood Mujahib, Sekretär der Awami Workers Party (AWP) für Arbeitskämpfe und Mitglied der Bundesleitung

Shehzad Arshad, Herausgeber der Zeitung „Revolutionary Socialist“ der AnhängerInnen der „Liga für die Fünfte Internationale in Pakistan“ und Jugendsekretär der AWP in Lahore

Hassan Raza, Fortschrittliche Studentenorganisation Pakistan

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer"

Hallo, ich bin Svenja. Ich bin aktiv in der Jugendorganisation Revolution und in der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, kurz NaO.

Wir alle setzen heute ein wichtiges Zeichen der Solidarität – Solidarität mit den Refugees, ihren Forderungen und ihrem Kampf! Wir sind heute hier, um das Recht der BewohnerInnen des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu verteidigen. Wir wehren uns gegen Abschiebung und Residenzpflicht. Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung für alle!

Der Rassismus der deutschen und europäischen Institutionen hat genug Opfer gefordert, lange genug hat man versucht, uns einzureden, dass es ein „Flüchtlingsproblem“ gäbe. Das Problem sind nicht die Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen – das Problem ist das System, das sie dazu zwingt!

Der Kapitalismus ist seit 2008 in einer tiefen Krise, die Konkurrenz nimmt zu, die Löhne nehmen ab und die Rechte der Beschäftigten werden angegriffen, wo es nur geht. Deshalb begeben sich so viele auf den gefährlichen Weg nach Europa. Doch hier erwarten sie beschissene Lager, Repressionen der Polizei und völlige Rechtlosigkeit – so sieht kapitalistische Demokratie wirklich aus!

Den Geflüchteten in Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als in den Hungerstreik zu treten, während die Bundesregierung russische Ex-Milliardäre im Privatjet nach Deutschland fliegen lässt und ihnen Asyl

gewährt, weil sie sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie nicht mehr so gut verstehen. Als das Asylgesetz in Deutschland praktisch abgeschafft wurde, übernahm die damalige Bundesregierung von CDU/CSU/FDP zusammen mit der SPD die „Argumente“ der damaligen Nazis von DVU und Republikanern. Es ging dabei um sog. „Wirtschaftsasyllanten“, die nicht kommen durften, weil sie angeblich nur die Vorteile der deutschen Wirtschaft ausnutzen würden. Jetzt hetzt die CSU wieder gegen EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien und stellt sie als Bedrohung dar. Die deutsche Regierung selbst bereitet den Nährboden für Rassismus und zieht am Ende sogar noch Vorteile daraus. Die radikalste Form davon sind dann brennende Asylunterkünfte und offene Angriffe gegen MigrantInnen auf der Straße. Dieser Stimmungsmache setzen wir uns entgegen – wir sehen es als Aufgabe aller AntifaschistInnen und Linken an, sich gegen diesen Terror zu wehren und Selbstverteidigung zu organisieren. Wir kämpfen internationalistisch und solidarisch – unsere Klasse kennt keine Ausländer!

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, denn es ist nicht wahr, dass das „europäische Boot“ voll ist, es sind die Boote der flüchtenden Menschen, die zu voll sind!

Wir treten für volle Bürgerrechte für alle Menschen ein, die in der EU leben oder hier geboren wurden, und für deren Recht auf Arbeit, egal welche Hautfarbe man hat! Wir wollen keine Festung Europa, keine Sparpakete und Ein-Euro-Jobs nur für Cops!

Der Berliner Senat will das ganze Problem einfach aussitzen. Das heißt, dass es keine Lösung im Sinne der Geflüchteten geben wird und dass der alltägliche Rassismus weiter geht.

Wir fordern deshalb alle AktivistInnen auf, weiter diese rassistische Flüchtlingspolitik Deutschlands und Berlins anzugreifen und für mehr UnterstützerInnen zu werben. In München öffnete der DGB sein Haus für die Geflüchteten und auch diese Demonstration wird von Gewerkschaften unterstützt. Doch was noch mehr hilft als Worte, sind aber Taten. Dann können wir eine breitere Mobilisierung erreichen und Druck aufbauen!

Heute bestreiken tausende Menschen die Schule, den Betrieb und die Uni und wenn der Innensenator Henkel den O-Platz räumen lassen will, dann soll er ruhig wissen, dass wir wiederkommen werden, denn wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer! Gegen die Räumung des O-Platzes - Refugees welcome!!!

Rede von Svenja Spunck auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Berlin

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer"

Hallo, ich bin Svenja. Ich bin aktiv in der Jugendorganisation Revolution und in der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, kurz NaO.

Wir alle setzen heute ein wichtiges Zeichen der Solidarität - Solidarität mit den Refugees, ihren Forderungen und ihrem Kampf! Wir sind heute hier, um das Recht der BewohnerInnen des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu verteidigen. Wir wehren uns gegen Abschiebung und Residenzpflicht. Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung für alle!

Der Rassismus der deutschen und europäischen Institutionen hat genug Opfer gefordert, lange genug hat man versucht, uns einzureden, dass es ein „Flüchtlingsproblem“ gäbe. Das Problem sind nicht die Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen - das Problem ist das System, das sie dazu zwingt!

Der Kapitalismus ist seit 2008 in einer tiefen Krise, die Konkurrenz nimmt zu, die Löhne nehmen ab und die Rechte der Beschäftigten werden angegriffen, wo es nur geht. Deshalb begeben sich so viele auf den gefährlichen Weg nach Europa. Doch hier erwarten sie beschissene Lager, Repressionen der Polizei und völlige Rechtlosigkeit - so sieht kapitalistische Demokratie wirklich aus!

Den Geflüchteten in Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als in den Hungerstreik zu treten, während die Bundesregierung russische Ex-Milliardäre im Privatjet nach Deutschland fliegen lässt und ihnen Asyl gewährt, weil sie sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie nicht mehr so gut verstehen. Als das Asylgesetz in Deutschland praktisch abgeschafft wurde, übernahm die damalige Bundesregierung von CDU/CSU/FDP zusammen mit der SPD die „Argumente“ der damaligen Nazis von DVU und Republikanern. Es ging dabei um sog. „Wirtschaftsasyllanten“, die nicht kommen durften, weil sie angeblich nur die Vorteile der deutschen Wirtschaft ausnutzen würden. Jetzt hetzt die CSU wieder gegen EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien und stellt sie als Bedrohung dar. Die deutsche Regierung selbst bereitet den Nährboden für Rassismus und zieht am Ende sogar noch Vorteile daraus. Die radikalste Form davon sind dann brennende Asylunterkünfte und offene Angriffe gegen MigrantInnen auf der Straße. Dieser Stimmungsmache setzen wir uns entgegen - wir sehen es als Aufgabe aller AntifaschistInnen und Linken an, sich gegen diesen Terror zu wehren und Selbstverteidigung zu organisieren. Wir kämpfen internationalistisch und solidarisch - unsere Klasse kennt keine Ausländer!

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, denn es ist nicht wahr, dass das „europäische Boot“ voll ist, es sind die Boote der flüchtenden Menschen, die zu voll sind!

Wir treten für volle Bürgerrechte für alle Menschen ein, die in der EU leben oder hier geboren wurden, und für deren Recht auf Arbeit, egal welche Hautfarbe man hat! Wir wollen keine Festung Europa, keine Sparpakete und Ein-Euro-Jobs nur für Cops!

Der Berliner Senat will das ganze Problem einfach aussitzen. Das heißt, dass es keine Lösung im Sinne der Geflüchteten geben wird und dass der

alltägliche Rassismus weiter geht.

Wir fordern deshalb alle AktivistInnen auf, weiter diese rassistische Flüchtlingspolitik Deutschlands und Berlins anzugreifen und für mehr UnterstützerInnen zu werben. In München öffnete der DGB sein Haus für die Geflüchteten und auch diese Demonstration wird von Gewerkschaften unterstützt. Doch was noch mehr hilft als Worte, sind aber Taten. Dann können wir eine breitere Mobilisierung erreichen und Druck aufbauen!

Heute bestreiken tausende Menschen die Schule, den Betrieb und die Uni und wenn der Innensenator Henkel den O-Platz räumen lassen will, dann soll er ruhig wissen, dass wir wiederkommen werden, denn wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer! Gegen die Räumung des O-Platzes - Refugees welcome!!!

Rede von Svenja Spunck auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Berlin

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Die Ausbeutung der EU kennt keine Grenzen"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler!

Mein Name ist Mo, ich bin von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und ich bin gestern aus Wien hierher geflogen, um bei eurem Schulstreik dabei sein zu können. Warum? Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens, weil es eine großartige Aktion ist, die ihr hier auf die Beine gestellt habt und ich die gesehen haben musste.

Zweitens, weil wir von REVOLUTION auch in Wien mit der Flüchtlingsbewegung gekämpft haben und auf die Straße gegangen sind.

Drittens und am Wichtigsten, weil der Rassismus gegen Flüchtlinge kein deutsches, österreichisches oder schweizer Problem ist. Die Ausgrenzung und Unterdrückung von Migrant*innen ist ein Problem aller imperialistischen Länder, und insbesondere ein gemeinsames Problem von Aktivist*innen in der EU. Diese Festung Europa, die ihre Grenzen mit Stacheldraht, Marineschiffen und scharfer Munition verteidigt und ihre herrschende Klasse, sie kennen keine Grenzen. Keine Grenzen für ihre Ausbeutung, für ihre Profite, für ihre Unterdrückung. Grenzen verwenden sie nur, um uns zu spalten, auszugrenzen, unten zu halten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns gemeinsam wehren - ob wir eine EU-Staatsbürgerschaft haben oder nicht, ob wir in Deutschland leben oder woanders.

Diese EU ist kein Europa der Jugendlichen, kein Europa der Arbeiter*innen, kein Europa der unterdrückten Migrant*innen. Es ist ein gemeinsames Unterdrückungsprojekt des Kapitals gegen uns. Wir wollen und brauchen nämlich keine Festung, an deren Mauern Menschenleben zerschellen. Keinen Machtblock, dessen Armeen in Afghanistan und Mali die Zivilbevölkerung terrorisieren um geostrategische Vorteile oder Ölvorkommen zu sichern. Wir brauchen es nicht, dieses Europa der Kriege und Konzerne!

Wir wollen ein Europa, das ohne Grenzen und Grenzkontrollen auskommt, ein Europa ohne Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung. Wir stellen der grenzübergreifenden Herrschaft des Kapitals die grenzenlose Freiheit eines sozialistischen Europas entgegen.

Ich würde, zum Schluss, so gerne sagen: Wir werden es schaffen! Der Kampf geht weiter! Aber für uns hat der Kampf eben erst begonnen. Um so wichtiger nach diesem starken Zeichen des Kampfes weitere Aktionen folgen zu lassen! Weitere Aktionskomitees an Schulen und Unis aufzubauen und gemeinsam den Rassismus gegen Flüchtlinge zu beenden!

Hoch die internationale Solidarität!

Rede von Mo auf der Berliner Schulstreikdemonstration,

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Die Ausbeutung der EU kennt keine Grenzen"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler!

Mein Name ist Mo, ich bin von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und ich bin gestern aus Wien hierher geflogen, um bei eurem Schulstreik dabei sein zu können. Warum? Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens, weil es eine großartige Aktion ist, die ihr hier auf die Beine gestellt habt und ich die gesehen haben musste.

Zweitens, weil wir von REVOLUTION auch in Wien mit der Flüchtlingsbewegung gekämpft haben und auf die Straße gegangen sind.

Drittens und am Wichtigsten, weil der Rassismus gegen Flüchtlinge kein deutsches, österreichisches oder schweizer Problem ist. Die Ausgrenzung und Unterdrückung von Migrant*innen ist ein Problem aller imperialistischen Länder, und insbesondere ein gemeinsames Problem von Aktivist*innen in der EU. Diese Festung Europa, die ihre Grenzen mit Stacheldraht, Marineschiffen und scharfer Munition verteidigt und ihre herrschende Klasse, sie kennen keine Grenzen. Keine Grenzen für ihre Ausbeutung, für ihre Profite, für ihre Unterdrückung. Grenzen verwenden sie nur, um uns zu spalten, auszugrenzen, unten zu halten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns gemeinsam wehren - ob wir eine EU-Staatsbürgerschaft haben oder nicht, ob wir in Deutschland leben oder woanders.

Diese EU ist kein Europa der Jugendlichen, kein Europa der Arbeiter*innen,

kein Europa der unterdrückten Migrant*innen. Es ist ein gemeinsames Unterdrückungsprojekt des Kapitals gegen uns. Wir wollen und brauchen nämlich keine Festung, an deren Mauern Menschenleben zerschellen. Keinen Machtblock, dessen Armeen in Afghanistan und Mali die Zivilbevölkerung terrorisieren um geostrategische Vorteile oder Ölvorkommen zu sichern. Wir brauchen es nicht, dieses Europa der Kriege und Konzerne!


Wir wollen ein Europa, das ohne Grenzen und Grenzkontrollen auskommt, ein Europa ohne Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung. Wir stellen der grenzübergreifenden Herrschaft des Kapitals die grenzenlose Freiheit eines sozialistischen Europas entgegen.

Ich würde, zum Schluss, so gerne sagen: Wir werden es schaffen! Der Kampf geht weiter! Aber für uns hat der Kampf eben erst begonnen. Um so wichtiger nach diesem starken Zeichen des Kampfes weitere Aktionen folgen zu lassen! Weitere Aktionskomitees an Schulen und Unis aufzubauen und gemeinsam den Rassismus gegen Flüchtlinge zu beenden!

Hoch die internationale Solidarität!

***Rede von Mo auf der Berliner Schulstreikdemonstration,
REVOLUTION-Wien***

Berlin: Die Krise in Europa und die Neuformierung der radikalen Linken

Ken Loach ist den meisten von uns als linker Filmmacher aus England  bekannt. Fast 30 Filme hat er in den letzten fünfzig Jahren geschaffen unter anderem über die spanische Revolution 1936, über die Revolution in

Nicaragua 1979, über Streiks in den USA und über die Zerstörungen der neoliberalen Politik.

Ken Loach ist als Filmemacher und als Persönlichkeit ein engagierter revolutionärer Sozialist. Als solcher stellt er immer auch die Frage in den Raum, wie Menschen, die sich wehren sich organisieren könnten oder müssten.

Mitte 2013 ergriff Ken Loach in England die Initiative zur Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei, der „Left Unity“, die von unten aufgebaut werden soll und die möglichst ein lebendiges und breites Spektrum der antikapitalistischen Strömungen vereinen sollte. Darüber wird er uns an der Veranstaltung berichten.

Die Veranstaltung findet ungewohnterweise am Vormittag statt, weil Ken Loach, der an dem Berliner Filmfestival für sein Lebenswerk geehrt wird, einen äusserst gedrängten Terminplan hat. Die Veranstaltung wird aufgrund der knappen Zeit pünktlich beginnen.

Freitag | 14. Februar | 10 - 12 Uhr | Haus der Demokratie | Greifswalderstr. 4

(Vom Alexanderplatz bis zum Haus der Demokratie sind es 1,1 km oder 7 Minuten mit Strassenbahn M4, Richtung Zingster Str.)

Veranstalter:

- Neue antikapitalistische Organisation (NaO), an deren Prozess sich auch REVOLUTION beteiligt
 - Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall (AKI)
 - Forum Betrieb, Gewerkschaft und soziale Bewegungen
 - Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin
-

Ukraine: Weder Berlin noch Moskau, sondern proletarischer Internationalismus!

Im letzten Monat hielten Tausende den Unabhängigkeitsplatz der ukrainischen Hauptstadt Kiew besetzt. Ihre Proteste wurden durch Präsident Viktor Janukowitschs Entscheidung ausgelöst, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auszusetzen.

Es war durchgesickert, dass die EU bei diesen Verhandlungen neoliberale Reformen verlangt hatte, wie aktuell für Griechenland oder wie sie 1992 Russland in Form von Jelzins Schocktherapie betroffen hatten.

Die Auswirkungen in Form von Massenarbeitslosigkeit, Inflation und drastischen Kürzungen von Sozialleistungen hätten v.a. den Ostteil der Ukraine bedroht, in dem überwiegend russisch gesprochen wird. Dort befand sich auch ein Zentrum der Schwerindustrie der früheren Sowjetunion. Das ist das Kerngebiet für Janukowitschs Einfluss und dessen Flügel der Kapitalistenklasse, der sich aus vormaligen Partei- und Staatsbürokraten zusammensetzt und durch Privatisierung von Betrieben reich wurde. Sie könnten jedoch der Konkurrenz aus dem Westen ungeschützt kaum standhalten.

Der konkurrierende Flügel der herrschenden Klasse, der im ukrainisch sprechenden West- und Mittelteil sitzt, will den Großteil dieser Industrie, den er den „Rostgürtel“ nennt, verschrotten. Stattdessen erhoffen sie sich eine Funktion als lokale Vermittler von billigen ukrainischen Arbeitskräften, wenn deutsches Kapital ins Land strömen würde.

Auch Janukowitsch würde gern westliches Kapital ins Land holen, er war bereits in großen Zügen auf die EU-Bedingungen eingegangen und hat auch jetzt einen Vertragsabschluss noch nicht ganz ausgeschlossen. Aber er möchte die bittere EU-Pille versüßen und es sich zugleich nicht mit dem starken Nachbarn Russland verderben.

Eine komplette Wendung nach Westen würde Janukowitschs wirtschaftliche und Wählergrundlage untergraben. Sie würde auch eine Reaktion Russlands provozieren, was die Energieversorgung der Ukraine empfindlich träge. Das Land steht bei Russland durch dessen Öl- und Gasversorgung in der Kreide. Präsident Putin könnte ihnen also buchstäblich das Licht ausknipsen. Aber auch der Westen kann Druckmittel gegen die Ukraine auffahren, denn in diesem Jahr ist die Rückzahlung von 17 Milliarden Schulden fällig.

Zunehmende imperialistische Rivalität

Der inner-ukrainische Zwist überlappt sich mit der zunehmenden imperialistischen Rivalität. Neben den russischen haben auch amtliche chinesische Stellen gegen die Einmischung von USA und EU in der Ukraine protestiert. Diese beiden neuen imperialistischen Mächte sind enger zusammen gerückt durch Washingtons „Achse gegen Asien“ und den deutschen „Drang nach Osten“ im Kampf um Märkte und billige Arbeitskräfte.

Putin hat zweifelsfrei Druck auf Janukowitsch ausgeübt, um ihn auf Distanz zur EU zu bringen. Zudem hat er Überbrückungskredite versprochen. Aber auf wirtschaftlichem Gebiet kann Russland sich nicht mit Deutschland und dessen EU-Partnern messen. Auch Teile der herrschenden Klasse der USA haben sich eingeschaltet und wollen Vergeltung für die durch Russland erlittene Demütigung im Fall von Syrien.

Das Lager der Protestierenden auf dem Unabhängigkeitsplatz wurde vom alten US-republikanischen Schlachtross Senator John McCain besucht. Er sprach auf einer Kundgebung Seite an Seite mit Elmar Brok von der CDU.

Ferner traf er mit Arseni Jazenjuk von der oppositionellen Vaterlandspartei, dem Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko sowie mit Olech Tjachnybok von der offen faschistischen „Freiheitsbewegung“ zusammen, deren Banden die Leninstatue auf dem Unabhängigkeitplatz zerstört haben.

Tjachnybok verbreitet offen antisemitische Erklärungen und sagt, dass die Ukraine von einer „moskowitzisch-jüdischen Mafia“ befreit und die 400.000 Juden aus dem Land vertrieben werden müssen. Doch der US-Senator und

die EU-Emissäre hatten trotzdem keine Scheu, mit ihm zu dinieren!

Diese Einflussnahme von außen durch Moskau, Berlin und Washington auf die sich gegenüber stehenden Lager in der Ukraine bedroht letztlich die Einheit des Landes, das durchaus entlang sprachlicher und historischer Linien auseinander gerissen werden könnte. Beide Seiten sehen für die Ukraine nichts als die Zukunft eines von ihnen dominierten, halb-kolonialen Satellitenstaates vor, der sich in eine globale Weltordnung als von der einen oder anderen Mächtegruppe dominiertes Land einzuordnen hat. Das kann die inneren Gegensätze nur weiter verschärfen. Nur die Arbeiterklasse kann das Land zusammenhalten, inner-ethnische Konflikte vermeiden und wirkliche Unabhängigkeit - Unabhängigkeit vom Deutschen, EU- und US-Imperialismus wie auch von deren russischen und chinesischen Rivalen - errichten.

Weder die pro-westlichen Parteien noch die pro-östlichen Oligarchen können der Ukraine eine gedeihliche Zukunft garantieren. Die Antwort der Masse der Bevölkerung auf die Manipulationen der EU und aus Moskau sollte eine klare Ablehnung beider sein.

Dringend notwendig ist jetzt und künftig eine unabhängig und geschlossen handelnde Arbeiterklasse über die Landesteile und Sprachgrenzen hinweg, eine militante Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und sozialen Errungenschaften und ein entschlossener Aufruf zum Beistand an die westlichen und östlichen Klassengeschwister gleichermaßen.

Brüssel und Moskau: Hände weg von der Ukraine!

Ein Artikel von Dave Stockton, Liga für die Fünfte Internationale